

Erklärung des Rates der Stadt Brühl vom 20.06.2016 zu Falschaussagen im Kontext des Ratsbürgerentscheids

Der Rat der Stadt Brühl hat entschieden, dass der Rathaus-Anbau am Steinweg abgerissen und durch einen barrierefreien Neubau nach neuestem energetischem Standard ersetzt werden soll.

Der Rat der Stadt Brühl hat zudem beschlossen, dass die Bürger*innen in einem Ratsbürgerentscheid darüber entscheiden sollen, ob der Neubau des Rathauses am Steinweg so groß sein soll, dass

1. ein großzügiger Bereich für Bürgerberatung („Servicecenter“) geschaffen,
2. der Raumbedarf der Verwaltung gedeckt und
3. die Stadtbücherei vergrößert werden kann.

Hierfür ist es nötig, dass der Neubau größer ausfällt. Das Gutachten, auf das der Rat seine Entscheidung gestützt hat, hat aufgezeigt, dass dieses Vorhaben wirtschaftlich ist und sogar die wirtschaftlichste aller geprüfter Varianten darstellt.

Es bleibt Gegnern dieser Idee eines größeren Neubaus unbenommen, eine oder alle diese Nutzungen abzulehnen. Dies sollte aber auf einer inhaltlichen Basis geschehen und nicht durch Falschaussagen.

Der Rat der Stadt Brühl stellt fest, dass die „Bürgerinitiative Rathaus Steinweg“ einen Flyer an Infoständen und an Brühler Haushalte verteilt, der falsche Informationen enthält.

Der Rat wehrt sich insbesondere gegen die Verbreitung der beiden folgenden Aussagen:

1. „Laut Studie sind die beiden obersten Neubauetagen für einen luxuriösen Ratssaal mit Fraktionsräumen vorgesehen.“ → Diese im Gutachten vorgestellte Planungsvariante („3a“) hat der Rats bereits verworfen.
2. „Nach den Vorstellungen des Stadtrats würden wichtige Projekte (z.B. Feuerwache, angemessene Unterkünfte für Flüchtlinge, Straßen- und Schulensanierung) zugunsten eines Luxusrathauses zurückgestellt.“ → Alle diese Maßnahmen sind – unabhängig von dem Neubau des Rathausanbaus – bereits im Haushaltsplan enthalten. Dies gilt insbesondere für die Feuerwache.

Der Rat bedauert, dass die Diskussion pro oder contra Neubauvariante 3 nicht mit sachlichen Argumenten geführt wird.

Der Rat fordert die Bürgerinitiative auf, es zu unterlassen, in Broschüren, an Ständen oder auf Plakaten die genannten Falschaussagen weiter zu verbreiten.